

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 26. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2012-2016)

Sitzungsdatum: 9. Dezember 2014
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 20.45 Uhr

Präsenz

Einwohnerrat: Vorsitz Jürg Vogt, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Präsidentin
Christoph Morat
Franziska Pausa
Franz Vogt
Robert Vogt
Arnold Julier
Thomas Pfaff

Gemeindeverwaltung: Dieter Pfister, Gemeindeverwalter
Rudolf Spinnler, Rechtsdienst

Gäste:

Entschuldigt: Gürtler Kathrin, Hecklin Beatrice, Keller Ueli, Meisel Maya,

Abwesend:

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 36 Anwesende = 24

Bereinigte Traktandenliste

1. Wahl eines Mitgliedes in die **Kommission für Gemeindeordnung und –reglemente**, anstelle des ausgetretenen Simon Maurer, SP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016) Geschäft 4214
 2. Bericht des Gemeinderates vom 14.05.2014 und 17.09.2014, sowie der Kommission für Gemeindeordnung und –reglemente vom 10.09.2014, betreffend **Einführung Parkraumbewirtschaftung**, 2. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff Geschäft 4181 / A
 3. Bericht des Gemeinderates vom 17.09.2014 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 17.11.2014, **zur Aufgaben- und Finanzplanung der Einwohnergemeinde und der Spezialfinanzierungen über die Jahre 2015 – 2019**
Geschäftsvertretung: GR Franz Vogt Geschäft 4202 / A
-

4. Bericht des Gemeinderates vom 17.09.2014 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 17.11.2014, zum **Budget 2015 der Einwohnergemeinde sowie Festsetzung des Steuerfusses für natürliche Personen und Steuersätze für juristische Personen für das Jahr 2015** Geschäft 4201 / A
- 4.1.0 EINTRETENSDEBATTE
- 4.1.1 Stellungnahme des Gemeinderates vom 19.11.2014 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 24.11.2014, zu den Budgetpostulaten Geschäft 4201B / C
- 4.1.2 Budgetpostulat von Andreas Bammatter, SP-Fraktion, betreffend Kulturförderung kulturelle Organisation Regio Basel, Erhöhung Betrag Beiträge an priv. Organisation ohne Erwerbszweck, Konto 3113-3636 Geschäft 4201B.1
- 4.1.3 Budgetpostulat von Andreas Bammatter, SP-Fraktion, betreffend Strassen/Verkehrswege, Kürzung Betrag Strassen/Verkehrswege, Konto 5010 (Investitionsbudget) Geschäft 4201B.2
- 4.1.4 Budgetpostulat von Andreas Bammatter, SP-Fraktion, betreffend Übriges Sozialwesen, Erhöhung Betrag Beiträge an priv. Organisationen ohne Erwerbszweck, Konto 5790-3636 Geschäft 4201B.3
- 4.1.5 Budgetpostulat von Andreas Bammatter, SP-Fraktion, betreffend Übriges Sozialwesen, Erhöhung Betrag Beiträge an priv. Haushalte, Winterzulage an EL-Berechtigte, Konto 5790-3637 Geschäft 4201B.4
- 4.1.6 Budgetpostulat von Barbara Selinger, Grüne/EVP-Fraktion, betreffend Übriges Sozialwesen, Erhöhung Betrag Beiträge an private Haushalte, Winterzulage an EL-Berechtigte, Konto 5790-3637 Geschäft 4201B.5
- 4.1.7 Budgetpostulat von Susan Vogt, FDP-Fraktion, betreffend Kindes- und Erwachsenenschutz, Kürzung Betrag Personalaufwand, Konto Nr. 1401-3010 Geschäft 4201B.6
- 4.1.8 Budgetpostulat von Barbara Selinger, Grüne/EVP-Fraktion, betreffend Legislative, Erhöhung Betrag Drucksachen und Publikationen, Konto 0110-3102 Allgemeine Dienste, Erhöhung Betrag Dienstleistungen Dritter, Konto 0220-3130 Geschäft 4201B.7
- 4.1.9 Budgetpostulat von Barbara Selinger, Grüne/EVP-Fraktion, betreffend Legislative, Erhöhung Betrag Drucksachen und Publikationen, Konto 0110-3102 Allgemeine Dienste, Erhöhung Betrag Dienstleistungen Dritter, Konto 0220-3130 Geschäft 4201B.8
- 4.1.10 Budgetpostulat von Jérôme Mollat, Matthias Häuptli und Jacqueline Misslin, BDP/GLP betreffend Legislative, Erhöhung Betrag Drucksachen und Publikationen, Konto 0110-3102 Allgemeine Dienste, Erhöhung Betrag Dienstleistungen Dritter, Konto 0220-3130 Geschäft 4201B.9
- 4.1.11 Budgetpostulat von Simon Zimmermann und Florian Spiegel, SVP-Fraktion, betreffend Legislative, Erhöhung Betrag Drucksachen und Publikationen, Konto 0110-3102 Allgemeine Dienste, Erhöhung Betrag Dienstleistungen Dritter, Konto 0220-3130 Geschäft 4201B.10
- 4.1.12 Budgetpostulat von Florian Spiegel, SVP-Fraktion, betreffend Projektentwicklung Lindenplatz, Verschiebung Investitionen, Konto 3420-5010.01 Geschäft 4201B.11
- 4.1.13 Budgetpostulat von Matthias Häuptli, Jérôme Mollat und Jacqueline Misslin, GLP/BDP-Fraktion, betreffend Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals, Einfrierung Lohnsumme, Konto 3010 Geschäft 4201B.12

4.2 DETAILBERATUNG

4.2.1 Voranschlag der Einwohnerkasse

4.2.2 Festsetzung des Steuerfusses für natürliche Personen und Steuersätze für juristische Personen für das Jahr 2015

5. Bericht des Gemeinderates vom 19.11.2014, betreffend
Kostenrechnung wie weiter?
Globalbudget / Wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV)
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser Geschäft 3895E
6. Bericht des Gemeinderates vom 19.11.2014, zum Postulat
von Kurt Kneier, CVP-Fraktion, vom 21.10.2014, betreffend
Kein Verkauf der Liegenschaft Dorfplatz 3 (Walmerhaus)
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4209 / A
7. Bericht des Gemeinderates vom 05.11.2014, betreffend
**Abrechnung über den Verpflichtungskredit in der Höhe von
CHF 1'326'000.00 inkl. MWST für den Neubau
des Einfachkindergartens „Ziegelei“**
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4061D
8. Bericht des Gemeinderates vom 17.09.2014, zum Postulat
von Jacqueline Misslin, Jérôme Mollat, Lukas Mussler und Nedim Ulusoy,
GLP/BDP-Fraktion, vom 20.03.2013, betreffend **Bedürfnis- und
Umsetzungsabklärung im Bereich Palliativmedizin bzw.
Palliativ Care in der Gemeinde Allschwil**
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier Geschäft 4132 / A
9. Interpellation von Bruno Gadola, SP-Fraktion, vom 18.06.2014, betreffend
Familienergänzende Betreuung mit Famex-Kürzungen
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier Geschäft 4199 / A
10. Postulat von Ueli Keller, Grüne Allschwil, vom 03.05.2014, betreffend
günstigere Rahmenbedingungen für Tageskindergärten und Tagesschulen
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa Geschäft 4189
11. Postulat von Ueli Keller und Christoph Ruckstuhl, EVP/Grüne-Fraktion,
vom 28.09.2014, betreffend **Unternehmerbeiträge für Aufgaben der Gemeinde**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser Geschäft 4207

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Für das Protokoll:

Marianne Eggenberger / Nicole Müller, Sekretariat Einwohnerrat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 26 vom 9. Dezember 2014

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

Der Präsident des Einwohnerrates Allschwil

Jürg Vogt

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Jürg Vogt, Präsident: Guten Abend. Es freut mich, Sie zur ersten Dezembersitzung zu begrüßen.

[Entschuldigungen/Präsenz siehe Protokolleingang]

Uns liegt kein dringliches Geschäft vor. Wir kommen somit zu den übrigen Vorstössen, die heute eingereicht wurden. Geschäft 4213, Motion betreffend Transparenz im Stellenplan, dies wurde Ihnen zugeschickt. Geschäft 4215, die kleine Anfrage SP liegt auf.

Wir kommen zur Bereinigung der Traktandenliste. Wenn Sie den Mailverkehr aufmerksam verfolgt haben, haben Sie bemerkt, dass es verschiedene Anträge auf Ergänzung und Änderung in der Traktandenliste gibt. Ich habe das hier aufgelegt. Sie sehen, dass es einerseits das Wahlgeschäft ist, andererseits hat Herr Kneier einen Antrag, Herr Naef und der Fireko-Präsident René Imhof. Wir dürfen die Traktandenliste erweitern um ein Traktandum. Wir können das Traktandum Wahlen zusätzlich aufnehmen, wenn der Rat dem zustimmt. Ich möchte zuerst über das Wahlgeschäft abstimmen, anschliessend über den Antrag von Herrn Imhof, dass man nach den Wahlgeschäften sofort zum Finanzplan und zum Budget geht. Wenn das angenommen wird, dann würden sich die andern Anträge fast erübrigen. Ich hoffe, Sie sind damit einverstanden. Ich lege den Antrag der SP auf.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Wie ich Ihnen mitgeteilt habe per Mail, muss Bea Hecklin auf ihr Amt verzichten aus gesundheitlichen Gründen. Damit die Sozialhilfebehörde weiterarbeiten kann, haben wir eine Ersatzwahl vorgeschlagen, Monika Birrer. Einige, die in der Sozialhilfe sind, und explizit der Präsident Arnold Julier kennen Monika Birrer sehr gut. Sie ist bereit bis Ende Legislatur dieses Amt zu übernehmen. Das ist keine Hauruckübung, Monika Birrer hat bereits zehn Jahre Erfahrung und kann notlos die entsprechende Behörde ergänzen, diese sind auch darauf angewiesen. Ich bitte Sie diesem Wahlgeschäft zuzustimmen und es nicht zu vertagen.

Jürg Vogt, Präsident: Ich möchte den Rat darauf aufmerksam machen, dass wir jetzt über die Aufnahme in die Traktandenliste sprechen. Wir werden darüber abstimmen.

://:
Das ist einstimmig.

Ich lege den Antrag auf Traktandenlistenänderung von Herrn Imhof auf.

René Imhof, Fireko-Präsident: Der Dezemberabend des Einwohnerrates ist in der Regel immer den Finanzgeschäften gewidmet. Das ist ein abendfüllendes Programm. Deshalb haben wir uns in der Fraktion und ich als Fireko-Präsident entschlossen, dass wir die Parkraumbewirtschaftung entweder am Schluss oder am Donnerstag verhandelt. Es gibt immer noch die Möglichkeit, das Werkzeug eines zusätzlichen ausserordentlichen Budgetantrags, wo man dies noch reinnehmen kann. Wenn dem zugestimmt wird, dann muss es ins Budget reinkommen. Es gibt Möglichkeiten, wie man dies umgehen kann. Die Wahlgeschäfte sind wichtig, und die gehen nicht lange. Aber unsere Fraktion möchte, dass der Rest so durchgezogen wird.

Jürg Vogt, Präsident. Ich sage kurz die Sicht des Büros. Als wir die Traktandenliste aufgestellt haben, wurde dies diskutiert. Die Dezembersitzung ist Budgetsitzung. Aber wir haben gesehen, dass die Parkraumbewirtschaftung budgetrelevant sein kann, wenn sie so angenommen wird, wie es der Gemeinderat möchte. Deswegen haben wir die Traktandenliste so zusammengestellt, wie sie Ihnen vorliegt. Das Büro kann den Antrag von Herrn Imhof nicht unterstützen. Es ist die Meinung von Herrn Imhof, die zwei Wahlgeschäfte zu machen und dann sofort zum Finanzplan und zum Budget zu kommen. Die anderen Traktanden würden anschliessen.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Herr Imhof hat nur immer vom Parkraumbewirtschaftungskonzept gesprochen, er hat nicht von meinem Postulat gesprochen. Beim Parkraumkonzept werden wir uns noch lange unterhalten müssen, das wird nicht schnell vom Tisch sein, im Gegensatz zu meinem Postulat. Diese Meinungen sind gemacht, ich habe noch zwei bis drei Sachen zum Bericht des Gemeinderates, was ich erläutern und korrigieren möchte. Dies ist kein abendfüllendes Traktandum. Ich wäre froh, wenn wir darüber vor dem Budget abstimmen können. Es ist budgetrelevant bei den Einnahmen und beim Unterhalt. Mir geht es nicht ums Prinzip, aber man muss zwischen den beiden Geschäften differenzieren. Mein Thema möchte ich nicht abendfüllend machen. Ich halte daran fest, dass wir darüber abstimmen, ob mein Budgetpostulat vor dem Budget kommt.

Jürg Vogt, Präsident: Das macht es nicht ganz einfach.

Franz Vogt, Gemeinderat: Der Gemeinderat ist der Meinung, dass wir die Traktandenliste einhalten sollten, so wie sie ist. Die Geschäfte sind budgetrelevant und so haben wir einen sauberen Ablauf.

Jürg Vogt, Präsident: Wir haben zwei Anträge, wir stimmen zuerst über den Antrag von Herrn Imhof ab.

://

Dieser Antrag wird mit 8 Ja-Stimmen und 28 Nein-Stimmen abgelehnt.

Die Traktandenliste wird vorläufig so belassen. Wir kommen zum Antrag von Herrn Kneier. Herr Kneier möchte sein Traktandum 6 als Traktandum 4 setzen, also noch vor dem Budget.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Ich weiss jetzt nicht, weshalb die Parkraumbewirtschaftung nach vorne gekommen ist und meines nicht, das ist nicht ganz logisch.

Jürg Vogt, Präsident: Momentan steht die Parkraumbewirtschaftung bei Traktandum 3. Wir haben zuerst zwei Wahlgeschäfte, und dann ist das nächste Geschäft auf der Traktandenliste die Parkraumbewirtschaftung auf Platz 3, und dann kommt Ihr Traktandum neu als 4. Wir stimmen jetzt darüber ab.

://

Dieser Antrag wird grossmehrheitlich angenommen.

Philippe Hofmann, CVP-Fraktion: Ich möchte an dieser Stelle einen anderen Antrag stellen, weil es vorhin unglücklich formuliert war von Herrn Imhof. Es geht darum, dass wir jetzt trotzdem überlegen,

ob wir heute das Budget und die Parkraumbewirtschaftung diskutieren möchten. Das wird eine ganz grosse und lange Sitzung. Die Parkraumbewirtschaftung ist sehr intensiv und ich stelle den Antrag, dass wir die Parkraumbewirtschaftung auf die nächste Sitzung am Donnerstag verschieben.

Jürg Vogt, Präsident: Ich meine, dass wir das bereits klar beschlossen haben. Herr Hofmann, bringen Sie mir das bitte schriftlich. In der Zwischenzeit kommen wir zu dem Antrag von Herrn Naef, der sicher auch seine Gründe hat. Auch dies hat das Büro diskutiert und auch wir möchten gerne die Geschäfte abschaffen. Deswegen haben wir im Februar eine Zusatzsitzung. Ich sehe, dass wir diese sicher brauchen werden.

Roland Naef, parteilos: Dieses Traktandum steht auf jeder Traktandenliste seit Monaten. Wenn wir es nach vorne nehmen heute, dann können wir es mal abschaffen und erledigen.

Jacqueline Misslin, GLP/BDP-Fraktion: Ich möchte euch beliebt machen, dem nicht zuzustimmen. Wir haben heute und am Donnerstag eine geballte Ladung. Ich möchte das Palliativ-Thema nicht im Expressverfahren abhandeln, ich habe dazu viel zu sagen und auch einige hier drin. Ich möchte bei diesem brisanten Thema, das in der Öffentlichkeit sehr stark diskutiert wird, nicht das Wort abgebrochen haben, weil es dann pressiert.

Jürg Vogt, Präsident: Herr Naef, bleiben Sie bei Ihrem Antrag?

Roland Naef, parteilos: Wenn die Antragsstellerin dies so begründet, dann ziehe ich diesen Antrag zurück. Ich wollte es einfach nicht jedes Mal auf der Traktandenliste haben. Vielleicht können wir es das nächste Mal nach vorne nehmen.

Jürg Vogt, Präsident: Danke Herr Naef. Wir kommen zum Antrag von Herrn Hofmann. Können Sie uns diesen laut und deutlich vorlesen?

Philippe Hofmann, CVP-Fraktion: Antrag: Das Geschäft 4181, Einführung Parkraumbewirtschaftung, wird aus Gründen des Umfangs und der Wichtigkeit für Allschwil erst in der Sitzung vom Donnerstag, 11. Dezember 2014, traktandiert.

Jürg Vogt, Präsident: Können wir dann diesem Traktandum eine Nummer geben? Das wäre dann anschliessend ans Budget, also wäre es Traktandum 7 oder Traktandum 8?

Philippe Hofmann, CVP-Fraktion: Die Nummerierung überlasse ich dem Büro, die haben den Überblick am besten.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ich verstehe den Antrag nicht. Dieser Antrag entspricht ganz genau dem Antrag von René Imhof. Er hat genau gleich argumentiert und gesagt, dass dieses Thema Parkraumbewirtschaftung nach der Budgetdebatte diskutiert wird. Ob das heute nach der Budgetdebatte oder erst am Donnerstag nach der Budgetdebatte ist, ist zweitrangig, einfach nach der Budgetdebatte. Über diesen Antrag haben Sie bereits abgestimmt. Es wurde beschlossen, dass wir das nicht so machen, sondern die Themen gemäss der Traktandenliste behandelt werden. Ich bitte Sie, dabei zu bleiben. Herr Vogt hat vorhin ausgeführt, dass das Thema Auswirkungen aufs Budget hat. Es ist im Budget auch bereits abgebildet.

René Imhof, Fireko-Präsident: Wir wollten, dass heute Abend das Budget gemacht wird, weil dies ein abendfüllendes Programm ist. Anschliessend können wir, wenn wir heute Zeit haben oder am Donnerstag, das andere machen. Wir sind nicht gegen Parkraumbewirtschaftung, aber wir möchten heute Abend im Einwohnerrat das Budget diskutieren.

Philippe Hofmann, CVP-Fraktion: Ich habe das von René Imhof so verstanden, dass explizit nur die Wahlgeschäfte vorher gemacht werden. Das widerspricht dem, was wir hier beschlossen haben. "Nach" heisst für mich "anschliessend". Ich habe heute nicht Lust, bis abends um 22.00 Uhr hier zu sitzen. Machen wir doch heute die Wahlgeschäfte und das Budget und dann haben wir am Donnerstag genug Zeit und sind wieder frisch, um uns mit diesem wichtigen Thema auseinanderzusetzen. Das ist die Idee meines Antrags.

Jürg Vogt, Präsident: Es ist budgetrelevant, das Büro möchte diese beiden Geschäfte gerne vor dem Budget besprechen. Wir stimmen jetzt über diesen Antrag ab, ob wir die Parkraumbewirtschaftung zurücksetzen als Traktandum 8.

://:

Dieser Antrag wird mit 14 Ja-Stimmen und 21 Nein-Stimmen abgelehnt.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich habe eine Frage. Was heisst das jetzt. Sitzen wir hier bis um 24.00 Uhr? Ich würde sagen nein, denn ich habe noch anderes zu tun. Ich darf morgen früh wieder fahren. Wir müssen zeitlich eine Limite setzen heute Abend, bis wann wir diskutieren und dann abklemmen, und dann ist es mir egal, ob wir durch sind. Wir wollten es korrigieren, damit wir zeitlich sauber drin sind. Es wurde zwei Mal abgelehnt und nun möchte ich fragen, bis wann wir Sitzung machen.

Jürg Vogt, Präsident: Es ist glaub klar, die Sitzung geht bis 21.00 Uhr, und die nächste Sitzung ist am Donnerstag. Und wenn wir diese Woche das Budget nicht fertig kriegen, dann machen wir nächste Woche noch eine Sitzung.

Ich möchte mit Ihnen kurz die Traktandenliste durchgehen, damit wir alle auf der gleichen Höhe sind. Das Traktandum 1 bleibt, Traktandum 2 ist neu Wahl Sozialhilfebehörde. Traktandum 2 alt wird neu Traktandum 3. Dann kommt das Traktandum 4, Geschäft 4209, das Postulat Dorfplatz 3. Das Traktandum 5 ist Aufgaben- und Finanzplanung, Geschäft 4202. Traktandum 6 wäre Budget, und dann zieht sich alles nach hinten um zwei Ziffern. Ich hoffe, wir sind uns soweit einig.

Die Traktandenliste ist somit beschlossen und wir kommen zu Traktandum 1.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 1

Wahl eines Mitgliedes in die Kommission für Gemeindeordnung und – reglemente,
anstelle des ausgetretenen Simon Maurer, SP-Fraktion,
für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016), Geschäft 4214

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Wir nominieren für den zurücktretenden Simon Maurer unseren Kollegen Nicolas Chapuis.

Jürg Vogt, Präsident: Gibt es weitere Nominationen? Ist die stille Wahl bestritten? Das ist nicht der Fall.

://:

Somit ist Herr Chapuis gewählt. Ich gratuliere ihm und wünsche viel Glück.

Jürg Vogt, Präsident: Wir kommen somit zum 2. Wahlgeschäft, Sozialhilfebehörde.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2

Wahl eines Mitgliedes in die Sozialhilfebehörde, anstelle der zurückgetretenen Beatrice Hecklin, SP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 31.12.2016), Geschäft 4216

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Ich kann es kurz machen, weil ich es vorhin begründet habe. Wir schlagen Monika Birrer vor.

Jürg Vogt, Präsident: Gibt es weitere Nominationen? Ist die stille Wahl bestritten? Das ist nicht der Fall.

://:

Somit ist Frau Birrer gewählt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 3

Bericht des Gemeinderates vom 14.05.2014 und 17.09.2014, sowie der Kommission für Gemeindeordnung und –reglemente vom 10.09.2014, betreffend Einführung Parkraumbewirtschaftung, 2. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff Geschäft 4181 / A

Jürg Vogt, Präsident: Es geht um die zweite Lesung. Ich werde kurz fragen, ob noch Anliegen da sind zur allgemeinen Beratung. Es liegen hier bereits zwei Anträge vor, einer von Herrn Winter und einer von Herrn Naef. Wir würden gerne darüber abstimmen, bevor wir zur Detailberatung des Reglements kommen. Wenn diese Anträge, speziell der von Roland Naef, angenommen werden, gibt es im Reglement Änderungen. Vielleicht kommen noch andere Anträge, Sie haben jederzeit das Recht, Anträge zu stellen.

Wenn wir das Reglement fertig beraten haben, dann kommen wir zu den Anträgen des Gemeinderates. Wir können heute nur über den Investitionskredit, den der Gemeinderat beantragt, abstimmen. Es ist noch nichts bestimmt, wir können ja immer noch ja oder nein sagen. Das Reglement wurde jetzt lange genug gekocht, es gab genug Köche, wir könnten jetzt eigentlich mal zum Investitionskredit kommen. Wenn der Einwohnerrat den Anträgen des Gemeinderates folgt, dann kommen wir zum Antrag der EVP/Grünen-Fraktion auf Behördenreferendum. Diesen Antrag können wir erst nach den Anträgen nehmen. Falls dem Investitionskredit nicht zugestimmt wird, können wir es auch nicht dem Volk unterbreiten. Ich hoffe, dass Sie mir soweit folgen konnten. Wir kommen somit zur allgemeinen Beratung.

Roland Naef, parteilos: Ich möchte hier nochmals kundtun, dass ich der Meinung bin, dass ein Parkraumbewirtschaftungskonzept auf das ganze Gemeindegebiet ausgeweitet werden muss. Ich habe das so geschrieben, der Antrag liegt allen schriftlich vor. Der Gemeinderat soll beauftragt werden bis am 31.12.2017 auf dem gesamten Gebiet der Gemeinde Allschwil zu bewirtschaften. Die Umsetzung soll schrittweise für die einzelnen Quartiere erfolgen und bis zum 31.12.2017 abgeschlossen sein. Als vordringlich werden die stadtnahen Gebiete betrachtet, welche durch die Einführung der generell blauen Zone im Nachbarkanton Basel-Stadt voraussichtlich stark belastet sind. Da soll, wie im Bericht des Gemeinderates an den Einwohnerrat, das erste Gebiet 1 sein, wie das vorgelegt wurde. Alle anderen Gebiete sind dann schrittweise einzuführen. Das ist mein Antrag zum gesamten Reglement. Im Einzelnen habe ich dann noch einen Antrag zu den Mitarbeiter-Parkkarten.

Jürg Vogt, Präsident: Herr Winter, ich würde gerne über Ihren Antrag abstimmen, bevor wir in die Detailberatung gehen, falls sie diesen aufrechterhalten möchten.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Sicher, ich arbeite nicht vergebens. Der Antrag von unserer Seite geht nicht ins Reglement, sondern ins Protokoll der Sitzung. Wir möchten gerne, dass uns der Gemeinderat zwei Jahre nach der Einführung einen Erfahrungsbericht vorlegt. Was ist passiert in den zwei Jahren, Resultate bezüglich Beruhigung und Erfahrungen. Braucht es Änderungen in der Grösse der blauen Zone. Braucht es Änderungen bezüglich der Verkleinerung der blauen Zone, und wie sieht das Finanzielle aus. Dies muss ins Protokoll der Sitzung, das ist nicht Reglements relevant. Es ist eine Erwartung des Einwohnerrates zu wissen, wo wir in zwei Jahren stehen. Hat es etwas gebracht oder nicht, so wie wir es erwartet haben. Es braucht keinen Paragraph im Reglement selber.

Jürg Vogt, Präsident: Ich möchte beliebt machen, dass wir über diese beiden Anträge abstimmen.

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Nachdem es bereits zur Abstimmung geht, möchte ich mich gerne zu den beiden Anträgen äussern. Ich fange an mit dem Antrag Winter, SP. Sie als Einwohnerrat haben sowieso die Möglichkeit jederzeit eine Interpellation einzureichen und diese Fragen zu stellen. Es macht gar keinen Sinn, dass der Gemeinderat sich gegen diesen Vorschlag wehrt. Vielmehr ist es eine Kanalisierung. Wir verhindern nämlich, dass jemand in einem halben Jahr fragt, wenn wir noch gar keine Antworten haben. Wir haben also den Vorschlag, dem Projekt zwei Jahre Zeit zu geben, es braucht bereits ein halbes Jahr, bis es eingeführt ist, und dies ist der früheste Zeitpunkt, zu dem wir sinnvolle Antworten liefern können. Wir stehen dem Vorschlag von Herrn Winter positiv gegenüber. Es macht durchaus Sinn. Der Gemeinderat intern hätte sowieso zu diesem Zeitpunkt ein erstes Fazit gezogen. Es spricht nichts dagegen, dass wir auch im Einwohnerrat informieren. Zum Antrag von Herrn Naef muss ich ein bisschen ausholen. Der Antrag Naef ist ein kleines Sammelsurium. Ich habe versucht, dies ein bisschen auseinander zu nehmen. Beim Antrag 1 formuliert er zwei Anliegen. Das eine Anliegen ist, dass man bestimmte Gebiete ersetzen soll durch das gesamte Gemeindegebiet. Dieses Anliegen formuliert er konkret bei Antrag 2, ich komme darauf zurück. Antrag 1 ist das, was vorhin Roland Naef formuliert hat, nämlich die Etappierung. Wenn man tatsächlich beschliesst, dass man das ganze Gemeindegebiet bewirtschaften möchte, dann macht die Etappierung Sinn. Es wäre dann aber wünschenswert, wenn dies auch im Reglement abgebildet wird, weil wir das Reglement in Kraft setzen. Es gibt damit auch einen Anspruch darauf. Wenn wir dies dann nur häppchenweise einführen und nicht zügig, dann werden wir diesem Reglement nicht gerecht. Es wäre wünschenswert, wenn man bei Paragraph 18, wo das Inkraftsetzen definiert ist, einen zusätzlichen Satz einfügt. Sie sehen diesen hier projiziert.

Jürg Vogt, Präsident: Entschuldigung Herr Pfaff, ich rede Ihnen nicht gerne drein. Wenn ich Roland Naef richtig verstehe, dann ist sein Antrag einfach mal eine Willensbekundung. Anschliessend müssen wir das Reglement anpassen. Ich sehe Ihre Votum dann platziert, wenn ich das sagen darf. Herr Naef, sehen Sie das auch so? Wenn Ihrem Antrag 1 nicht entsprochen wird, dann erübrigt sich das andere?

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Ich bin mit Ihnen einig und komme zum Wesentlichen. Der Antrag Naef sagt, dass man bestimmte Gebiete durch das gesamte Gemeindegebiet ersetzen soll. Über diesen grundsätzlichen Punkt müssen wir vertieft diskutieren, bevor wir das beschliessen. Ich möchte Ihnen nochmals in Erinnerung rufen, wie die Parkplatzverhältnisse sind, Sie haben das in Ihren Unterlagen. Sie sehen, dass es in gewissen Randgebieten überhaupt keine Parkplätze gibt. Ich erinnere an das ganze Quartier Ziegelei. Dort gibt es keinen einzigen Parkplatz auf Allmend. Sie sehen, dass es bei der Stegmühle ein paar wenige Parkplätze gibt, wo sich hunderte von Einwohnern darum streiten sollen. Beim Engehollenweg gibt es einen kleinen Abschnitt, wo sich die Leute um ein paar wenige Parkplätze streiten sollen. Das ist ein grosses Missverhältnis. Am Rosenberg gibt es viele Parkplätze, die sind alle noch nicht markiert. Dort werden wir sehr viel Geld investieren fürs Markieren, obwohl jeder ein Einfamilienhaus mit Garage und Vorplatz hat. Jedes Einfamilienhaus hat dann zwei Parkplätze, und ist nicht auf die Parkkarte angewiesen. Wir vom Gemeinderat haben die Befürchtung, dass wir viel Geld ausgeben für die blaue Farbe und keine Einnahmen generieren können. Es geht um das gesamte Gemeindegebiet. Wir reden also nicht mehr über das Siedlungsgebiet, sondern wir reden auch über Parkplätze am Waldrand, die wir plötzlich bewirtschaften sollen. Ist das wirklich Ihr Wille? Es geht neben Siedlung und Landschaft auch um das Gewerbegebiet. Sie sehen beim Bachgrabengebiet ein paar Parkplätze. Dort hat es aber auch mehrere hundert - oder muss ich schon bald mehrere tausend sagen - Arbeitnehmer. Sollen sich hunderte von Arbeitnehmer mit der Parkkarte

um die 15 Parkplätze streiten, die es momentan im überbauten Gebiet hat? Im noch nicht überbauten Gebiet hat es jetzt noch sehr viele Parkplätze. Aber sobald das Gebiet überbaut ist, fallen die vielen Parkplätze weg. Dort sind dann Einfahrten, Zugänge, und dann sieht das ganz anders aus. Dort kommen dann nochmals gegen 3000 bis 4000 Arbeitnehmer. Das lösen wir nicht über die Parkraumbewirtschaftung. Das wird über Parkhäuser gelöst und das ist im Konzept von BaseLink geregelt. Auch im überbauten Gebiet, Actelion, Viollier, hat es eigene Parkhäuser. Dort brauchen wir keine Parkraumbewirtschaftung. Ich bitte Sie davon abzusehen, das ganze Gemeindegebiet als eine Parkraumbewirtschaftung zu sehen. Dies schiesst massiv übers Ziel hinaus. Im Antrag 2 geht es um die Beschränkung der Mitarbeiterkarte. Wenn wir sagen, die Mitarbeiterkarte ist mit Restriktionen verbunden, also Bezugs-Restriktionen, dann geben Sie der Verwaltung den Auftrag dies jährlich zu prüfen. Da muss der Arbeitnehmer jährlich eine Wohnsitzbescheinigung vorbeibringen, denn wir merken nicht, wenn jemand vom Fricktal nach Oberwil zügelt, wir wissen auch nicht, ob er noch dort arbeitet, also muss er noch eine Bestätigung des Arbeitgebers mitbringen. Wir müssen das Ganze umwandeln in eine ans Kontrollschild gebundene Kontrolle, um Missbrauch zu verhindern, damit nicht der aus Zürich dies beantragt, aber dann dem Kollegen aushändigt, der in Oberwil wohnt. Mit der Kontrollschild gebundenen Abgabe verhindern wir genau das, was wir wollten, nämlich das Parkkarten-Sharing innerhalb der Firma. Firmen, die mit Schicht arbeiten oder mit Teilzeitstellen, soll es möglich sein, dass derjenige, der am Montag und am Dienstag arbeitet, die gleiche Parkkarte braucht wie derjenige, der Mittwoch bis Freitag arbeitet. Genau das unterbinden wir damit wieder. Die Idee war, dass die Parkkarten-Kontingente der Firma zugeteilt werden. Die Firma intern wird logischerweise sinnvoll das knappe Gut verteilen. Sie wird selber Regelungen einführen, wie das Roland Naef vorschlägt. Aber wenn wir das so in Paragraph 6 schreiben, dann machen wir vieles kaputt und wir blasen die Verwaltung unnötig auf. Aus diesen Gründen möchte ich Ihnen dringend anraten die Anträge 1 und 2 von Roland Naef abzulehnen.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Jetzt vermisse ich schon fast die grosse Diskussion, wo wir alle voller Angst darauf geschaut haben. Ich komme jetzt trotzdem noch zum Votum der SVP-Fraktion über die Parkraumbewirtschaftung. Wir haben die Parkraumbewirtschaftung lange und intensiv diskutiert. Wir sind auch beim letzten Mal mit Vorschlägen gekommen und wir haben jetzt auch Anträge, die vorliegen. Wir haben uns als Partei entschieden. Das geht in die Richtung, wie das Andreas Bammatter gesagt hat, auch wenn er so gesagt, dass es nicht allen gepasst hat. Die Kommission, welche die Parkraumbewirtschaftung ausgearbeitet hat, wo ich auch drin war, hat über all diese Punkte bereits diskutiert. Im Grundsatz sind alle Varianten und Möglichkeiten bereits in Betracht gezogen worden. Wenn wir jetzt wieder Anträge haben zu jedem einzelnen Punkt und darüber diskutieren, dann wurschteln wir überall drein. Aus diesem Grund hat sich die SVP-Fraktion entschieden, mit einer Ausnahme, nämlich der Antrag der SP bezüglich des Berichts nach zwei Jahren, den wir sinnvoll finden, alle anderen Anträge ablehnen. Wir werden aber ganz am Schluss das Behördenreferendum unterstützen. Wir sind der Meinung, dass bei einer so wichtigen Sache, die auch polarisiert, die Bevölkerung über die Einführung der Parkraumbewirtschaftung abstimmen soll, so wie es von der Spezialkommission vorgeschlagen wurde. Dann kann sich jede Partei überlegen, ob sie das so einführen möchte oder nicht, und bei der Abstimmung dann Ja oder Nein empfehlen. Das ist aus unserer Sicht das Sinnvollste, was wir hier tun können.

Roland Naef, parteilos: Gemeinderat Pfaff hat nicht ganz verstanden, was ich gemeint habe. Jürg Vogt, hat es ziemlich deutlich gesagt. Es ist das Einbringen, dass wir auf dem ganzen Gemeindegebiet den Parkraum bewirtschaften und nicht einfach nur Teile von Allschwil abzocken, indem wir die Gebiete belasten mit einer Gebühr. Wenn wir das Ganze dem Gemeindefreferendum unterstellen, dann wird bestimmt, wenn die Parkraumbewirtschaftung nur auf Teilgebieten ist, kein Parkraumkonzept durchkommen. Entweder machen wir auf dem gesamten Gemeindegebiet, wo Parkplätze auf öffentlichem Grund sind, generell blaue Zone, dies schrittweise, weil wir es finanziell nicht auf einmal schaffen. Das können wir heute Abend ohne Probleme so beschliessen. Wir führen dann den ersten Teil ein und der zweite und dritte Teil kommt nachher. Es kann nicht sein, dass man beim Bachgraben auf den Parkplätzen des Sportplatzes das Auto den ganzen Tag hinstellen kann, weil man beim Geschäft, wo man selber arbeitet, keinen Parkplatz erhält. Alle diese Firmen, die dort hinten arbeiten, haben Parkplätze, das ist kein Problem. Alle diese Firmen haben ein Reglement, das gewisse Einschränkungen macht, wer einen Parkplatz zugute hat und wer nicht. Weshalb das nicht geht, dass der Arbeitgeber dies entsprechend meldet, sehe ich nicht ein. Das funktioniert in allen anderen Gemeinden auch. Allschwil tickt anscheinend hier etwas anderes. Es geht mir nur darum, dass wir das ganze Gemeindegebiet nehmen oder gar nicht. Wenn wir nur einen Teil von Allschwil

nehmen, dann können wir ohne grosse Diskussion darüber beschliessen. Zur Mitarbeiterparkkarte sage ich dann noch etwas bei Paragraph 6.

Simon Maurer, SP-Fraktion: Ich möchte den Antrag von Jean-Jacques Winter nochmals erläutern. Dieser Antrag, dass wir es dann nochmals anschauen, zielt auch darauf ab, dass wir dann noch etwas daran ändern können, wenn es sein muss. Vorher sollten wir es so laufen lassen, wie das der Gemeinderat vorgeschlagen hat. In zwei Jahren können wir sagen, dass es noch nicht rund läuft oder dass wir das Gebiet erweitern müssen. Das kommt am Schluss auf das Gleiche heraus wie der Antrag von Roland Naef, der sagt, dass es bis 2017 umgesetzt werden muss. Mit unserem Antrag schaffen wir das, wenn es denn sein muss, plus/minus auch.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ich gehe kurz auf das Votum von Roland Naef ein. Thomas Pfaff und der Gesamtgemeinderat haben sehr wohl verstanden, was du meinst. Die Idee ist eine flächendeckende Einführung der Parkraumbewirtschaftung bis zum 1.1.2018. Ich möchte hier nochmals in Erinnerung rufen, weshalb der Gemeinderat oder die Kommission, die das Ganze bearbeitet hat, auf die Idee kam, dies auf ein bestimmtes Gebiet am Anfang zu begrenzen. Wir haben in Allschwil gewisse Gebiete in Allschwil, wo zu wenig Parkplätze vorhanden sind bzw. ein hoher Parkdruck vorhanden ist. Diesen Gebieten möchte man eine Lösung anbieten und man hat das Parkraumbewirtschaftungskonzept so ausgearbeitet, dass die Lösung auf dieses Gebiet, wo die Problematik besteht, begrenzt ist. Man wollte niemandem etwas wegnehmen oder, wie du das genannt hast Roland Naef, abzocken. Man wollte ihnen eine Lösung geben, damit sie in Zukunft ihr Parkproblem einfacher lösen können und damit das Parkproblem nicht mehr vorhanden ist. Wenn der Gemeinderat sieht, dass die Parkraumproblematik in anderen Gebieten entsteht, dann müssen wir weitere Schritte machen und das Konzept ausweiten. Wir werden uns darum auch dem Antrag der SP nicht widersetzen. Ich bitte Sie, dem Antrag von Roland Naef nicht zu entsprechen. Es widerspricht dem ganzen Konzept, wie es jetzt vorliegt und aufgegleist wurde. So ist es mehrheitsfähig und sinnvoll. Wir sind übrigens nicht die einzige Gemeinde, die es so macht. Die Gemeinde Liestal, wenn ich richtig informiert bin, hat dies genau gleich gemacht.

Rahel Balsiger Sonjic, FDP-Fraktion: Ich möchte kurz die Meinung der Fraktion und noch etwas aus der Kommission sagen, wo ich das Präsidium habe. Unsere Fraktion wird beide Anträge ablehnen. Wir finden, dass es breit abgestützt ist, wir haben ein Jahr und länger daran gearbeitet. Wir gehen davon aus, dass der Einwohnerrat darüber beschliessen kann. In der Fraktion ist die Mehrheit von uns für die Einführung der Parkraumbewirtschaftung, aber nicht alle. Aus der Kommission möchte ich sagen, dass Roland Naef seine Anträge in der ersten Lesung bereits angedeutet hat. Wir haben verstanden, um was es geht. In der Kommission wurden beide Anliegen von Roland Naef diskutiert. Wir in der Kommission haben dies abgelehnt.

Jürg Vogt, Präsident: Wir kommen nun zur Abstimmung. Zuerst möchte ich über den Antrag von Herrn Naef abstimmen.

://

Der Antrag wird mit 6 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Wir kommen zum Antrag von Jean-Jacques Winter, er liegt auf. Er möchte, dass in zwei Jahren nochmals berichtet wird.

://

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Wir haben die allgemeine Beratung abgeschlossen und kommen zur Detailberatung. Allfällige Anträge zum Reglement bitte sofort melden.

Philippe Adam, 2. Vizepräsident:

A Konzept

§ 1 Zweck

§ 2 Massnahmen

Philippe Hofmann, CVP-Fraktion: Ich habe eine kurze Frage zu einem Punkt, der hier gar nicht aufgeführt ist. Er ist nur im Bericht an den Einwohnerrat aufgeführt und zwar Punkt 3.5.4, Seite 11, Karte für Pendler. Schlussendlich steht, dass man davon abkommt, weil es der Parkraumbewirtschaftung widerspricht und von Verkehrsingenieuren nicht empfohlen wurde. Ich möchte gerne wissen, weshalb dies dem widerspricht und was die Gründe dafür waren. Ich sehe das komplett anders.

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Mit dem Begriff Pendler sind Personen gemeint, die hier nur das Auto abstellen und dann weiter pendeln. Es sind damit nicht die Arbeitnehmer, welche von auswärts nach Allschwil kommen, um hier zu arbeiten, gemeint. Wenn es darum geht, den Zweckartikel zu erfüllen, mehr Parkmöglichkeiten für die Anwohnerschaft zu schaffen und die Reduktion des Suchverkehrs, sowie die Verbesserung des Parkplatzangebots für Kundschaft von Verkaufs- und Dienstleistungsbetrieb, dann müssen wir diejenigen ausgrenzen, die weder in Allschwil wohnen oder arbeiten, noch Kunde sind von einem Geschäft, oder Besucher sind von Anwohnern. Das sind diejenigen, die wir willkommen heissen möchten. Diejenigen, die keinen Bezug zu Allschwil haben, ausser dass sie hier das Auto abstellen und dann aufs Tram gehen, möchten wir weghalten. Pendler, also diejenigen, die dann weiterziehen und in Basel arbeiten, möchten wir nicht willkommen heissen. Ist das soweit klar?

Philippe Adam, 2. Vizepräsident:

B Parkkarten und Gebühren

§ 3 Parkkarten Grundsatz

§ 4 Anwohnerparkkarten

§ 5 Unternehmensparkkarten

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Ich habe dazu eine Frage an Herrn Pfaff. Ich habe letzthin gelesen, dass der Kanton Baselland soweit ist, dass man zusammen mit dem Kanton Basel-Stadt die Gewerbeparkkarte für CHF 250 pro Fahrzeug ab 2015 einführen kann. Stimmt das? Wie wird das Reglement angepasst, wenn die Parkkarte für die beiden Halbkantone kommt? Ich nehme an, dass man dort eine neue Lösung finden muss. Es wäre unsinnig, wenn man zwei Parkkarten für das gleiche Prinzip hat.

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Bei der Gewerbeparkkarte geht es um eine kantonale Parkkarte, die sogar bikantonale aufgelegt wird, sodass sie in Baselland und in Basel-Stadt gültig ist. Die Gewerbeparkkarte gilt für Firmenfahrzeuge, welche Material transportieren. Sie gilt nicht für den Versicherungsvertreter mit dem Koffer, sondern für den Handwerker mit dem Werkstattfahrzeug. Für diesen Handwerker gilt es nur, wenn er bei der Kundschaft oder bei der Baustelle parkiert. Es gilt nicht, wenn er vor dem eigenen Betrieb parkiert. Diese Gewerbeparkkarte ist kantonal geregelt und damit müssen wir sie im Reglement nicht erwähnen. Bei der Unternehmerparkkarte nach Paragraph 5 geht es um das Recht, ein Firmenfahrzeug vor dem eigenen Betrieb hinstellen zu dürfen. Das ist genau dort, wo die Gewerbeparkkarte keine Wirkung hat. Darum sind das zwei Sachen, die wir nicht miteinander kombinieren können. Das eine ist eine Parkkarte, die durch die Motorfahrzeugkontrolle herausgegeben wird für beide Halbkantone, das andere ist kommunal und wird durch die Gemeindeverwaltung ausgegeben.

Philippe Adam, 2. Vizepräsident:

§ 6 Mitarbeiterparkkarten

Roland Naef, parteilos: Ich habe einen Antrag formuliert, den ich bereits letztes Mal angekündigt habe. Bei den Mitarbeiterparkkarten geht es mir darum, dass man nicht sagen kann, dass man Mitarbeiter hat, die mit dem Auto zur Arbeit kommen, und dass die dann eine Parkkarte erhalten, weil es keine eigenen gibt. Es ist heute bei den grossen Betrieben üblich, dass man eine Einschränkung macht. Es ist relativ einfach festzustellen, wer mehr als 45 Minuten Arbeitsweg mit dem ÖV hat, der hat ein Anrecht auf eine Parkkarte und alle anderen nicht. Wenn wir etwas erreichen möchten, dann müssen wir auch etwas dazu beitragen, dass auf den ÖV umgestiegen wird. Das ist kein Problem. Bei Roche und Novartis ist dies klar geregelt. Wenn ich mehr als 45 Minuten Arbeitsweg habe, darf ich mit dem Auto kommen, ansonsten muss ich auf den ÖV umsteigen. Ich habe den Unterschied zwischen Verwaltung und Betrieb gegoogelt. Spitzfindigerweise könnte man dies auseinandernehmen. Ich war darum auch spitzfindig und habe dazu geschrieben, dass diese Regelung auch für Mitarbeitende der Gemeinde und von öffentlich-rechtlichen Betrieben gilt. Wir haben zwar keinen öffentlich-rechtlichen Betrieb, aber das könnte ja noch kommen. Ich denke an die armen Mitglieder der Reglementscommission, damit sie nicht ständig das Reglement ändern müssen. Ich möchte beliebt machen, dass wir den Absatz 1 entsprechend ändern, Absatz 2 aufnehmen und das ehemalige 2 wird zum 3.

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Ich habe anlässlich der allgemeinen Debatte bereits ausgeführt, dass wir davon ausgehen, dass dies zu einem erheblichen Mehraufwand in der Verwaltung führt. Wir gehen davon aus, das haben wir so in der Konsultativkommission diskutiert, dass sich nicht viel ändern würde. In jedem Betrieb gibt es einen Mix von Arbeitnehmenden. Die einen wohnen grad um die Ecke und die anderen kommen von weiter her. Im Durchschnitt wird es in den Betrieben so sein, dass die Parkkarten kontingentiert sind. Es muss eine Verteilung stattfinden. Wie es Herr Naef ausgeführt hat, hat Novartis intern auch solche Regeln definiert. Auch die Allschwiler Betriebe werden nicht darum herumkommen, nach fairen Grundsätzen die Parkkarte intern zuzuteilen. Das, was die Firma intern bereits macht, versuchen wir hier im Reglement festzuhalten, mit der Folge, dass die Zuteilung nicht firmenintern erfolgt, sondern durch uns auf der Verwaltung erfolgen muss. Damit es nicht zu Rekursen kommt, muss es auch überprüft werden mit den entsprechenden Wohnsitz- und Arbeitsbescheinigungen. Wir erreichen unter dem Strich nicht viel, ausser dass wir die Verwaltung damit aufblasen. Wir verhindern dadurch, dass innerhalb der Firma die gleiche Parkkarte für zwei Teilzeitangestellte verwendet werden kann. Damit machen wir die Restriktion künstlich noch strenger. Aus diesen Gründen empfehlen wir Ihnen die Ablehnung dieses Antrags.

Roland Naef, parteilos: Der Aufwand ist glaub gleich Null. Eine Mitarbeiterparkkarte zählt auf den Mitarbeiter, infolgedessen auch auf die Nummer des Autos von diesem Mitarbeiter. Wenn ich eine Mitarbeiterparkkarte beantrage, gebe ich an, wen das betrifft und welche Nummer es ist. Aber es kann nicht sein, dass jemand von Binningen eine Parkkarte erhält, weil er den ÖV nicht verwenden möchte. Anstelle dass er den Bus über den Berg nimmt, hat er eine Mitarbeiterparkkarte zugute, weil ich als Betrieb keine Parkplätze habe. Als Selbstständiger und als Mensch, der weiss, wie es am Schluss rauskommt, möchte ich beliebt machen, dass wir hier einen Punkt setzen und eine Einschränkung machen. Wenn wir etwas erreichen möchten, dann müssen wir den ÖV begünstigen. Es kann nicht sein, dass eine Mitarbeiterin, welche vorne im Konsum oder im Migros arbeitet, mangels genügend Parkplätzen mit der Mitarbeiterparkkarte weiterhin bei uns hinten parkiert. Da müssen wir einen Punkt setzen. Die Mitarbeiterparkkarte ist rechtens, aber nur mit einer gewissen Einschränkung.

Jürg Vogt, Präsident: Es liegt ein Antrag vor zu Paragraph 6, ich habe ihn hier aufgelegt. Wir stimmen über diesen Antrag ab.

://:

Dieser Antrag wird mit 7 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen abgelehnt.

Philippe Adam, 2. Vizepräsident:

§ 7 Tagesparkkarten

§ 8 Gemeinsame Bestimmungen

§ 9 Gebühren

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Ich habe hier eine Frage, da geht etwas für mich nicht ganz auf, und zwar bei Paragraph 9, Absatz 1: Für die Parkkarten werden Benützungsgebühren erhoben. In der Summe müssen Gebühren kostendeckend sein, jedoch nicht innerhalb jeder einzelnen Kartenkategorie. Das ist nachvollziehbar. Bei Absatz 5 steht aber: „Die Maximalgebühren für die Parkkarten betragen...“. Wenn jetzt die Parkraumbewirtschaftung nicht kostendeckend ist, und man muss mit den Gebühren hoch, und sie wäre dann immer noch nicht kostendeckend, was machen wir dann?

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Wenn das der Fall ist, dann ist der Gemeinderat dringend dazu angehalten, beim Einwohnerrat vorstellig zu werden, weil wir dann etwas ändern müssen.

Philippe Adam, 2. Vizepräsident:

C. Verfahrensbestimmungen

§ 10 Zuständigkeit

§ 11 Ausstellung der Parkkarte

§ 12 Änderungen

§ 13 Rückgabe und Entzug

§ 14 Ausführungsbestimmungen und Ausnahmeregelung

D. Straf- und Schlussbestimmungen

§ 15 Strafbestimmung

§ 16 Kostenersatz

§ 17 Rechtsmittel

§ 18 Inkrafttreten

Anhang 1 Plan bewirtschaftetes Gebiet

Jürg Vogt, Präsident: Die Beratung des Reglements ist abgeschlossen. Wir kommen zu den Anträgen des Gemeinderates.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Für die Parkraumbewirtschaftung in Allschwil wird ein Investitionskredit in Höhe von CHF 190'523.00 bewilligt.

://:

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

2. Von der Kostengenauigkeit von plus/minus 25% wird Kenntnis genommen.

://:

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

3. Das Reglement über die Parkraumbewirtschaftung wird beschlossen.

://:

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Ich frage die EVP/Grüne-Fraktion an, ob sie an ihrem Antrag festhalten wollen?

Christoph Ruckstuhl, EVP/Grüne-Fraktion: Warum ein Behördenreferendum für diesen Entscheid? Es ist ein Entscheid, der in einen grossen Teil unserer Bevölkerung eingreift, und es braucht eine hohe Legitimation dieser Bevölkerung. Der beste Weg diese Legitimation einzuholen, ist über die Stimmbürger. Wenn die Stimmbürger dazu ja sagen, dann ist unser Entscheid entlastet und bestätigt. Der Stimmbürger hat das Recht und die Pflicht, sich dazu Gedanken zu machen und wenn möglich an der Abstimmung teilzunehmen und entweder ja oder nein zu sagen. Dann ist der Gemeinderat frei dies einzuführen.

Jürg Vogt, Präsident: Herr Spinnler hat mich darauf aufmerksam gemacht, dass wir zuerst noch die Schlussabstimmung über das ganze Geschäft machen müssen, bevor wir zu dem Antrag kommen.

://:

Das Geschäft als Ganzes wird grossmehrheitlich abgeschlossen.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ich höre hier drin immer, dass wir Allschwil vertreten. Wir hören draussen etwas und tragen es hier rein. Wir entscheiden hier etwas und tragen es raus. Christoph sagt, dass es Allschwil betrifft. Wir haben hier drin Sackgebühren eingeführt ohne Referendum. Das trifft alle, egal wo in Allschwil. Ich bin absolut dagegen. Ich bin der Meinung, dass wir diese Verantwortung hier drin tragen. Wir haben unser Postulat überwiesen. In zwei Jahren können wir schauen, wie es gelaufen ist und wo nicht. Stellen Sie sich vor, Allschwil sagt nein, stellen Sie sich das bildlich vor. Ringsum haben es alle. Es gibt ein Dorf in Nord-Frankreich, dort hat es ringsum Palisaden. Alle arbeiten zusammen, diese haben den Zaubertrank, sind aber eingeschlossen. Wollen wir uns einschliessen? Das ist übrigens ein Comik, aber bei uns wäre es komisch. Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir um Parkplätze Palisaden bauen. Wir müssen diese Verantwortung übernehmen. Die Erfahrung gibt uns 24 Monate Zeit und dann reden wir nochmals darüber, dann haben wir Erfahrungen gemacht, wie es wirklich läuft. Ich möchte auf keinen Fall eine Lachnummer in der Region sein. Wir tragen diese Verantwortung.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Ich möchte mich meinem Vorredner soweit anschliessen, als dass auch ich der Meinung bin, dass dies ein Geschäft ist, das der Einwohnerrat allein beschliessen kann. Wir sind eine Volksvertretung und es braucht nicht zwingend eine Volksabstimmung. Wenn das Volk dies möchte, dann steht immer noch die Möglichkeit des ordentlichen Referendums offen. Ein Behördenreferendum ist hier fehl am Platz.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Nur noch kurz. Eine Abstimmung hat auch Kostenfolgen. Wir sprechen die ganze Zeit vom Geld. Wir wissen, was hier auf die Allgemeinheit zukommen würde.

Jürg Vogt, Präsident: Wir stimmen über diesen Antrag der EVP/Grüne-Fraktion ab. Ein Behördenreferendum braucht nur einen Drittel Zustimmung.

://:

Diesem Antrag wird mit 12 Ja-Stimmen, 23 Nein-Stimmen zugestimmt.

Es wird somit dem Behördenreferendum unterstellt.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Die Abstimmung ist erfolgt, ich akzeptiere sie. Im Jahr 2003 wurde ein erster Vorstoss eingereicht wegen einer blauen Zone. Wir haben jetzt über CHF 190'000 abgestimmt. Es gab noch Vorprojekt-Kosten, die gehören auch dazu. Jetzt schicken wir wegen einer

Stimme das Ganze vors Volk und besprechen alles nochmals von oben bis unten bis zum Farbton. Wollen wir das? Ich bitte einen dieser 12 sich nochmals zu äussern, damit ich dies auch nachlesen kann in den Medien, weshalb er das Behördenreferendum möchte.

Jürg Vogt, Präsident: Wir sind zum Entscheid gekommen, machen jetzt Pause und danach mit dem Traktandum Walmerhaus weiter.

PAUSE

INFO-FENSTER

Robert Vogt, Gemeinderat: Ich habe eine kurze Mitteilung, welche bereits im Allschwiler Wochenblatt stand. Ich möchte gerne darauf hinweisen, dass wir ab dem nächsten Jahr Kehrriechtabfuhr für alle vier Sektoren in Allschwil jeweils am Montag und am Donnerstag durchführen. Das hat damit zu tun, dass wir das Unternehmen gewechselt haben, neu ist Anton Saxer zuständig. Wir freuen uns, dass er mit den zwei modernsten Diesel-Lastwagen in Allschwil verkehrt, um die Umwelt zu schonen.

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Ich habe eine kurze Mitteilung. Sie haben im November der Teilrevision Vertrag Bevölkerungsschutz zugestimmt. Gestern war in Schönenbuch die Gemeindeversammlung, sie hat dem Vertrag einstimmig zugestimmt. Nun müssen wir noch die Referendumsfrist abwarten der Gemeindeversammlung. Nachher geht es zur kantonalen Genehmigung und wir werden dann in Kürze den Vertrag unterschreiben können.

Jürg Vogt, Präsident: Wir fahren nun weiter mit Traktandum 4. . Die Traktandenliste wurde geändert. Das alte Traktandum 6 ist jetzt Traktandum 4.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 4

Bericht des Gemeinderates vom 19.11.2014, zum Postulat von Kurt Kneier, CVP-Fraktion, vom 21.10.2014, betreffend Kein Verkauf der Liegenschaft Dorfplatz 3 (Walmerhaus) Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4209 / A

Jürg Vogt, Präsident: Ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht er Fall.

Christoph Morat, Gemeinderat: Ich möchte mein Votum ganz kurz halten. Wir haben heute Abend noch wichtigere Sachen zum Diskutieren. Ich habe es aufgeteilt in drei kurze Untertitel. Das Erste ist die Verantwortlichkeit. Der Gemeinderat ist sich seiner Verantwortung seit Jahren bewusst. Aus diesem Grund sind die diversen im Bericht aufgeführten Strategien entstanden. Der Einwohnerrat hat in der Budgetsitzung vor einem Jahr, am 10. Dezember, in diversen Voten vom Gemeinderat verlangt, dass er die Verantwortung für ein ausgeglichenes Budget übernehmen soll und Sorge zu den Finanzen tragen soll. Die Sorge um die Finanzen hat am 10.12.2013 zu intensiven Debatten geführt. Aufgrund dessen hat der Gemeinderat im Januar eine Leistungs- und Aufgabenüberprüfung gestartet. Am 22. Mai hat der Präsident der Spezialkommission in der Beratung über diese Aufgaben und Leistungen den Satz gesagt: „Wir haben erkannt, dass beim Gemeinderat und bei der Verwaltung der Sparwille gegeben ist“. Mehrfach wurde in der Debatte zum Schulhaus, den Kindergärten, zum Budget 2014 und bei den Leistungs- und Aufgabenprüfungen erwähnt, dass wir zusammen am gleichen Strang ziehen sollten, um das Schiff auf Kurs zu bringen oder zu halten, je nach Sichtweise.

Es wurde gesagt, dass einige Massnahmen zu kurz kommen oder zu spät. Mit dieser Massnahme, welche Ihnen der Gemeinderat heute Abend vorschlägt, nämlich der Verkauf der Liegenschaft Walmerhaus, Dorfplatz 3, kann die Gemeinde Allschwil CHF 1'500'000 verflüssigen und zu einem späteren Zeitpunkt nochmals Geld sparen und zwar für Investitionen, welche notwendig werden. Ich möchte an dieser Stelle noch etwas zu Verkäufen und Erwerb von Liegenschaften sagen. Am 21. Mai haben Sie die Abrechnung des Umbaus Einfamilienhaus Hegenheimermattweg 66 genehmigt. Der Gemeinderat verkauft nicht einfach nur Liegenschaften, sondern er kauft nach strategischen Gesichtspunkten Liegenschaften, wie das ehemalige Gürtlerhaus, als Landreserve beim Jugend- und Familienfreizeithaus. In der letzten Einwohnerratssitzung konnten Sie die Abrechnung genehmigen für die 16'000 Quadratmeter des UBS-Sportplatzes, welche wir in unmittelbarer Nachbarschaft zum Jugend- und Freizeithaus gekauft haben.

Ich komme zur Verlässlichkeit. Die Gemeinde Allschwil geniesst einen guten Ruf als Partner von Investoren, Firmen, Organisationen und Privatpersonen. Dieser Ruf steht jetzt ein bisschen auf dem Spiel. Der Gemeinderat hat weder unverantwortlich, ungesetzlich oder unmoralisch gehandelt, als er diese Liegenschaft veräussern wollte. Der Beweis, dass wir diese Liegenschaft im Finanzvermögen weder brauchen noch der Spekulation freigeben, ist im Bericht eindeutig dargelegt. Wir können dieses Haus weder für die Schule noch für die Verwaltung brauchen. Es ist, wie bereits erwähnt, sehr geschützt und wir können dort nichts ansiedeln, auch im Hinterland nicht. Es ist zu klein. Es gäbe vielleicht ein Doppel-Einfamilienhaus. Dieses Haus, das jetzt dort steht, das Walmerhaus, ist einzig und allein wegen des Wohnzweckes im historischen Dorfkern geeignet.

Ich komme kurz zur Verständlichkeit, was hier passiert, ein bisschen auf einer übergeordneten Ebene. Ich habe in einem kleinen Büchlein ein Beispiel gefunden, wie man dies auch noch anschauen könnte. Nehmen wir an, Sie sind Sammler oder Sammlerin von Sportwagen. Sie sehen ein absolutes Traummodell, welches mit CHF 50'000 angeschrieben ist. Sie überlegen lange hin und her, und früher oder später können Sie glücklicherweise das Auto für CHF 40'000 kaufen. Sie fahren bald daraufhin über Land und müssen irgendwann tanken. Der Tankwart ist so begeistert von diesem Auto wie Sie und bietet Ihnen CHF 53'000. Selbstverständlich werden Sie ablehnen. Aber ist das nicht ein irrationales Verhalten? Die Fachwelt redet hier vom sogenannten Endowment-Effekt, der Besitzumeffekt. Dieser kommt vor allem im Immobiliengeschäft deutlich zum Tragen. Ein Verkäufer schätzt einen Wert von etwas, das ihm gehört, immer höher ein als der Markt es tut. Das kommt von einer emotionalen Bindung und das kann man verstehen. Alle Auktionshäuser schaffen mit genau diesem Endowment-Effekt. Dass ein Käufer einen emotionalen Wert mitbezahlen soll, ist absolut unbegreiflich. Das Fazit des Autos in diesem Buch ist, dass man nicht an Dingen klammern soll, die man nicht unbedingt braucht. Der Besitz wird einem irgendwann überlassen und irgendwann soll man ihn auch wieder abgeben. Die Geschichte stammt nicht von mir, sondern sie steht in einem Buch, das heisst: Die Kunst des klaren Denkens. Der Untertitel ist: Denkfehler, die wir besser ändern überlassen. In diesem Sinne bitte ich Sie den Anträgen des Gemeinderates zu folgen und den Verkauf der Liegenschaft zu genehmigen.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Ich nehme Stellung zum Votum von Herrn Morat. Der Vergleich mit einem Auto, auch wenn er in einem Buch steht, ist an den Haaren herbei gezogen. Ich bin ein grosser Autofreak, das wissen viele hier drin. Wenn ich ein Auto mit einer Liegenschaft vergleiche, dann vergleiche ich Birnen mit Äpfeln. Ein Auto ist ein Luxusgegenstand, daran hat man Freude. Bei der Liegenschaft geht es um etwas Substantielles der Gemeinde. Herr Morat spricht von Verantwortlichkeit, Strategien und ausgeglichenem Budget. Es ist hier drin immer noch nicht klar, was budgetrelevant ist und was nicht. Herr Morat hätte dies hier sonst nicht gesagt. Mit den CHF 1'500'000 Liegenschaftserlös sanieren wir das Budget nicht, das ist eine reine Finanzmittelbeschaffung. Im Gegenteil, wir schmälern damit das Budget. Wenn Sie dem Verkauf heute Abend nicht zustimmen, dann sieht unser Budget besser aus. Bitte vergessen Sie diese Finanzertrags-Analyse. Das habe ich noch nie in meinem Leben gesehen, ich komme noch dazu.

Herr Morat erwähnt Landreserven. Die Landreserven im Hegenheimermattweg sind gut. Der Gemeinderat sagt, dass er diese Liegenschaft gekauft hat. Er ist überzeugt davon, dass wir diese Landreserven irgendwann mal brauchen. Ebenso waren seinerzeit die Leute überzeugt, welche das Walmerhaus gekauft haben. Dass der Gemeinderat dies nun anders sieht, das kann sein. Aber auch hier werden Äpfel mit Birnen verglichen. Verlässlichkeit, der Ruf steht auf dem Spiel. Herr Morat, wenn die Gemeinde die Liegenschaft, wie es hier drin steht, für CHF 1'650'000 verkauft hätte - der Verkäufer hat sich nun zurückgezogen - ob unmoralisch oder moralisch, dann hätte der Gemeinderat mit diesem Geschäft in den Einwohnerrat kommen müssen. Der Gemeinderat hat gemäss Finanzkompetenz CHF 30'000 plus die Teuerung im Einzelfall für nicht budgetierte Ausgaben. Bei einem Verkaufspreis von CHF 1'650'000 beträgt die Vermittlerprovision für die Firma, welche das vermittelt hat, 1,875%, sprich CHF 30'937.50. Sie haben bereits die Finanzkompetenz überschritten.

Nebst dem, dass zu den CHF 30'937.50, also fast CHF 31'000, wie Sie im Bericht selber schreiben, noch CHF 5000 aufgelaufene Kosten für Liegenschaftsschätzungen und die Bemühungen bis jetzt, angefallen sind. Der Gemeinderat hätte sowieso vor den Einwohnerrat kommen müssen, ob moralisch oder unmoralisch. Dies zu den Erläuterungen von Herrn Morat. Er hat zur Sache nicht viel gesagt. Ich habe Ihnen versprochen, ich mache nicht lang und probiere jetzt schneller zu sprechen.

Zum Bericht. Bitte schauen Sie Seite 3 an, der letzte Satz: Mit dem Erwerb der Sportplatzparzellen usw. wird das Immobilienportfolio der Gemeinde per Saldo weiter ausgebaut. Auch hier werden Äpfel mit Birnen verglichen. Wenn wir die Sportanlagen erweitern, wenn wir ein Schulhausbau machen, dann wird unser Immobilienportfolio im Verwaltungsvermögen grösser. Im Finanzvermögen, wenn Sie dem Verkauf heute Abend zustimmen, haben wir nichts mehr ausser ein paar Acker, die uns keinen Ertrag bringen. Zu diesen müssen wir selbstverständlich auch Sorge tragen. Auch in diesem Bericht werden Äpfel mit Birnen verglichen. Auf Seite 3 und 4 wird ausgeführt, wie eigentlich alle Gremien dem Verkauf der Liegenschaften zugestimmt haben. Es wird explizit die Vorlage, Bericht des Gemeinderates vom 16. Januar 2013, erwähnt. Ich habe diese Vorlage hier. Auf Seite 28 steht, dass die Gemeinde Allschwil ein Netto-Vermögen hat. Wir haben, das wurde im Januar 2013 geschrieben, keine Prokopf-Verschuldung, wir haben ein Prokopf-Vermögen. Ich kenne keine andere Gemeinde im Kanton, die das hat. Ich finde es schade, dass dies hier nicht erwähnt ist, es wird so schwarz gemalt. Auf Seite 33 steht übrigens bei den Anträgen: Der Einwohnerrat nimmt von der Finanzierungsstrategie Kenntnis. Wir haben dem nicht zugestimmt, wir haben es zur Kenntnis genommen. Es steht hier auch so. Ich finde es schade, dass es in diesem Bericht nicht erwähnt ist.

Zur schlechten Finanzlage habe ich im Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 20. März 2013 etwas gefunden. Dort sagt der damalige Präsident Dr. Anton Lauber, ich zitiere aus dem Protokoll: „Die Finanzierungsmöglichkeiten haben wir Ihnen aufgezeigt. Sie müssen diese auch nur zur Kenntnis nehmen“. Wir haben dies einfach zur Kenntnis genommen. Auf Seite 4, Kompetenz für Einmalausgaben bei CHF 30'000, das habe ich bereits erwähnt.

Seite 6, Rendite und Verkaufspreis. Jetzt komme ich zur Darstellung, die Aufwands- und Ertragsanalyse heisst. Ich hatte in meiner beruflichen Tätigkeit viel mit Liegenschaften zu tun, aber diesen Titel habe ich nie gelesen. Ich kenne Verkehrswertschätzungen, ich habe eine dabei. Ich kenne den Kapitalisierungssatz. Wenn Sie Liegenschaftshandel tätigen, dann redet man von einem Kapitalisierungssatz. Das ist der Satz, der vom investierten Kapital die Rendite definiert. Ich komme zuerst zur Aufstellung des Gemeinderates. Die Nettomietzinseinnahmen stimmen. Die Unterhaltskosten, davon gehe ich aus, konnte man in den Erfolgsrechnungen sehen. Der Verwaltungsaufwand wurde errechnet. Die Verwaltung wurde in der Abteilung Hochbau gemacht. Diese Zahl ist nicht gegeben. Dann kommt die schönste Zahl, das ist der Zinsaufwand. Der Zinsaufwand ist in der Erfolgsrechnung nirgends verbucht. Da hat man einfach Ende Jahr den Durchschnittzinssatz von den Schulden genommen, Schulden für die Turnhalle oder die Mühle. Im Jahr 2009 2,73%, da kenne ich den Zinssatz nicht. Aber im Jahr 2011 und 2012 2,819% und im 2012 2,995%. Ich möchte fragen, wer in diesen Jahren mit so hohen Zinssätzen gerechnet hat. Das sind Zinssätze, die nicht dem Markt entsprechen. Zudem haben wir explizit beim Walmerhaus keine Schuld. Diesen Zinsaufwand haben wir defakto nicht fürs Walmerhaus ausgegeben, ansonsten hätten wir eine Hypothek, welche auch nicht zu 100% finanziert ist. Aber lassen wir das, das ist ein anderes Thema. Die Rendite pro Jahr, 0,9% oder 0,5% usw., das werden Äpfel mit Birnen verglichen.

Jetzt komme ich dazu, wie ich das gerechnet hätte oder wie das der Fachmann macht. Ich sage nicht, dass ich der Fachmann bin. Der Kapitalisierungssatz, und das ist massgeblich, muss hier angewendet werden. Man kann folgendes machen. Man nimmt die Finanzierungskosten, sagen wir zum Beispiel 2%, das müssen wir aufwenden. Man kann für die Betriebskosten 0,5% nehmen, immer vom Preis, den wir bezahlen. Man kann dann sagen, dass man für Unterhalt 1,5% ausgibt, für die Verwaltungskosten 0,2%, man könnte sogar noch ein Mietzinsrisiko von 0,3% reinnehmen und man kann noch Abschreibungen von 0,5% reinnehmen. Das ist hier in diesem Beispiel bei der Schätzung so. Dann kommt man auf einen Kapitalisierungssatz von 5%. In diesen 5% ist alles abgedeckt, rundum. Das ist nachhaltig und erklärbar. Wenn wir von CHF 1'500'000 Verkaufspreis ausgehen mal 5% Kapitalisierungssatz, dann müssten wir auf CHF 75'000 Mietzinseinnahmen kommen. Wir haben CHF 69'000. Wir haben einen Kapitalisierungssatz von 4,5% bei den CHF 69'000 oder 4,638%. Wir sind absolut bei den Leuten mit dieser Liegenschaft. Es gibt keinen Grund, diese Liegenschaft zu veräussern. Ich möchte die Argumente, welche ich an der Einwohnerratssitzung vom 22. Oktober gesagt habe, nicht wiederholen. Ich möchte etwas Neues sagen. Die Gemeinde Allschwil schreibt den Leuten im Dorfkern vor, wie sie Liegenschaften unterhalten müssen. Sie macht ihnen Vorschriften, das ist nicht immer ganz einfach für die Eigentümer. Jetzt verkauft die Gemeinde Allschwil mit einem schlechten Vorbild eine Liegenschaft, welche sie als Vorzeigeobjekt für andere Eigentümer im Dorfkern zeigen könnte. Herr Morat, das ist ein schlechtes Zeichen. Ich bitte Sie so abzustimmen, dass die Liegenschaft in unserem Besitz bleibt.

Christoph Morat, Gemeinderat: Das ist alles sehr interessant, aber wieso haben wir das nicht zu hören gekriegt, als es um die Finanzierung des Schulhauses ging? Weshalb hat es das Volk nicht zu hören gekriegt? Das Walmerhaus stand definitiv überall drin, dass es zur Finanzierungsstrategie des Schulhauses gehört. Die Fireko, der Einwohnerrat und das Volk haben zugestimmt. Ob zur Kenntnis genommen oder nicht, finde ich spitzfindig. Wieso kam das damals nicht zur Sprache?

Roland Naef, parteilos: Es stimmen beide Rechnungen, die von Christoph Morat und die von Kurt Kneier. Ein Liegenschaftsportfolio hat nichts mit Nostalgie und einem Verständnis für alte Häuser zu tun. Die Gemeinde hat andere Aufgabe als solche Häuser in ihrem Portfolio zu haben. Es war von Anfang an klar, dass wir Häuser und Land verkaufen müssen. Auf der anderen Seite haben wir Land gewonnen. Ob das Land im Verwaltungs- oder im Finanzvermögen ist, spielt letztlich keine Rolle, es ist im Besitz der Gemeinde. Es bringt nicht viel, wenn wir jetzt Stunden dazu aufwenden uns über ein nostalgisches Haus zu unterhalten. Wir brauchen Geld und wenn wir einen guten Verkaufspreis haben, dann können wir das brauchen. Ob wir eine Verkehrswertschätzung machen oder nicht – ich komme auf 6% - und auf wie viel Prozent wir da kommen, spricht schlussendlich keine Rolle. CHF 1'500'000 haben oder nicht haben, das spielt eine Rolle.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wenn wir das Walmerhaus für CHF 1'500'000 oder CHF 1'600'000 verkaufen, dann haben wir das Geld zwar, aber langfristig geht uns eine wichtige Einnahmequelle verloren. Ich möchte mich den Ausführungen von Kurt Kneier vollumfänglich anschliessen.

Susan Vogt, FDP-Fraktion: Mein Vorredner hat gesagt, dass uns wertvolle Mieteinnahmen verloren gehen. Niemand denkt an die Rückstellungen, die wir machen müssen. Das Haus ist ziemlich alt. Es ist ein Liebhaberobjekt, ein Riegelhaus. Mit CHF 50'000 pro Jahr Rückstellung muss man rechnen für ein so altes Haus. Das sind in zehn Jahren auch eine halbe Million. Wenn wir schon einen Käufer haben, und es ist kein Investor, der dafür Schlange steht, sondern es ist ein Liebhaberobjekt, dann ist es besser, wir verkaufen es jetzt als erst später, wenn noch mehr Renovationen anstehen. Auch der Hochbau ist keine Liegenschaftsverwaltung. Der Stundenlohn von jemandem, der im Hochbau arbeitet, wage ich zu behaupten, ist zu teuer für jemanden, der eine Liegenschaftsverwaltung macht. Auch die Mieteinnahmen sind mit Vorsicht zu geniessen. Wenn man alle Kosten abzieht, dann ist es nicht mehr so, wie es hier steht. Ich persönlich bin für den Verkauf.

Christoph Morat, Gemeinderat: Ich möchte noch ein paar Sachen ergänzen. Kurt Kneier hat gesagt, dass der Gemeinderat CHF 30'000 hat, worüber er selber verfügen darf. Das ist korrekt, das steht so in der Gemeindeordnung in Paragraph 15. Der wird aber mit Paragraph 16 indexiert und der heutige Index liegt ungefähr bei CHF 35'000. Die CHF 5000 sind interne Kosten, das ist der Aufwand, den wir bis jetzt intern hatten. Das steht auf Seite 4 so im Bericht. Ich möchte noch kurz etwas sagen zur Kapitalisierung. Natürlich kann man dies so sehen, wie du das gemacht hast. Das hat etwas mit einer Schätzung zu tun. Wenn man sich etwas kaufen möchte, dann muss man überlegen, ob das überhaupt tragbar ist. Das ist ein anderer Blickwinkel als der Blickwinkel der Gemeinde Allschwil, als wir die Kosten so zusammengestellt haben. Der Kapitalisierungssatz im Anhang ist selbstverständlich so nachgewiesen mit den Zinsen, die die Gemeinde Allschwil in diesen Jahren für das Geld bezahlen musste. Den Verwaltungsaufwand kann man nachweisen, das ist klar. Der Nettoertrag ist somit auch gegeben, wir bleiben dabei, dass die Rendite pro Jahr nicht mehr als 1% im Durchschnitt beträgt. Im letzten Jahr sieht man, dass die Rendite bei 2,3% liegt, weil wir davon ausgegangen sind, dass wir das Haus verkaufen und somit auch nicht mehr in den Unterhalt gesteckt haben, ausser die nötigsten Sachen.

Die wertvollen Mieteinnahmen. Natürlich sind Mieteinnahmen immer wiederkehrend. Es ist richtig, was gesagt wurde, man muss dementsprechend dies auch unterhalten und in die Zukunft schauen, wie man zu den Liegenschaften Sorge tragen kann. Es ist richtig, dass wir es zu diesem Zeitpunkt, wo die Liegenschaft noch einigermaßen in Schuss ist, auf den Markt bringen. Die Liegenschaft ist ja nicht verloren, es bleibt Wohnraum im Dorfkern. Die Gemeinde Allschwil ist nicht Vermieter, sondern wir haben andere Aufgaben, die wir der Allgemeinheit schulden, aber sicher nicht, dass wir vier Mietwohnungen zur Verfügung stellen, und damit CHF 70'000 einnehmen. Im Endeffekt, wenn wir in ein paar Jahren wieder Renovationsarbeiten an diesem Haus vornehmen müssen, wird dies genau in den Jahren sein, wo wir vermutlich mit der Abzahlung für andere Sachen beschäftigt sind. Wir würden damit noch mehr Geld binden. In diesem Sinne halten wir an den Anträgen fest.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Ich selber bin für den Verkauf dieser Liegenschaft und zwar aus folgenden Gründen. Es trifft zu, dass wir jetzt keine Nettoverschuldung haben. Wenn wir den Finanzplan anschauen, dann sieht man, dass sich dies bis in fünf Jahren massiv ändern wird. Wir werden dann eine Nettoverschuldung von fast CHF 100'000'000 haben. Die Zinsen sind zurzeit tief, das ist richtig. Wenn die Zinsen aber irgendwann ansteigen, dann werden diese Schulden sehr belastend. Wir sind gut daran beraten, wenn wir bereits jetzt vorausschauend sind und zusätzliche Liquidität schaffen, um die Schulden vorausschauend abzubauen. Falls die Zinsen tatsächlich steigen, und die Hypotheken auch ansteigen, dann bin ich nicht sicher, ob wir für dieses Haus immer noch CHF 1'500'000 lösen können. Es ist jetzt der richtige Moment, dieses Haus vorausschauend zu verkaufen, gerade weil wir das Haus nicht brauchen. Es ist auch keine Aufgabe einer Gemeinde als Liegenschaftsvermieter aufzutreten. Ich persönlich bin für den Verkauf. Meine Nachrednerin wird eine andere Meinung dazu haben.

Jaqueline Misslin, GLP/BDP-Fraktion: Bevor ich überhaupt eine Meinung bilden kann, muss ich Susan fragen, was sie mit den CHF 50'000 Rückstellungen gemeint hat. Ich nehme an, dass dies vom Gemeinderat in die Fraktion getragen wurde. Wenn ich bei einem Haus CHF 50'000 Rückstellungen machen muss, dann muss ich Gemeinderat Morat fragen, wie viele Rückstellungen für das Haus jetzt bestehen und wie viele aufgelöst werden können.

Christoph Morat, Gemeinderat: Frau Misslin stellt die Frage nach den Rückstellungen. Die Gemeinde darf keine Rückstellungen machen. Das Budget beschliessen Sie hier drin. Es ist richtig, von Jahr zu Jahr wird ein gewisser Anstieg hier sein an Investitionskosten. Diese Investitionskosten müssen wir budgetieren und die bewilligen Sie hier drin mit dem Budget oder in einer Sondervorlage.

Jacqueline Misslin, GLP/BDP-Fraktion: Sie teilen mir jetzt mit, dass für das Haus keine Rückstellungen in der Rechnung bestehen?

Christoph Morat, Gemeinderat: Gott sei Dank sitzt Joseph Hammel neben mir, der uns hier kurz etwas dazu sagen kann. Nach HRM2 darf etwas, das in der Vergangenheit liegt, nicht berücksichtigt werden.

Joseph Hammel, Hauptabteilungsleiter Finanzen – Steuern: Zu Rückstellungen gemäss HRM2: HRM2 ist ein Rechnungslegungsstandard, wo es um einen sogenannten true and fair view geht, also um ein effektives Bild. Eine Rückstellung basiert auf einem Ereignis in der Vergangenheit, welches zu einem zukünftigen Mittelabfluss führen wird. Eine Investition ist in diesem Fall kein Ereignis in der Vergangenheit.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Frau Misslin, Sie sind auf dem richtigen Weg. Herr Morat hat es gesagt, wir verkaufen die Liegenschaft, solange sie einigermaßen im Stand ist. Er reizt mich immer wieder mit seinen Worten. Ich finde es wahnsinnig, dass wir so ein Verhältnis haben, das tut mir an und für sich leid. Du kannst doch nicht sagen, dass wir die Liegenschaft verkaufen, solange sie einigermaßen im Stand ist. Das deckt sich mit der Aussage von Frau Vogt, welche CHF 50'000 pro Jahr investieren möchte. Hier werden Birnen, Nüsse und Mandarinli vermischt. Fakt ist, dass wir über Jahren die CHF 70'000 in der Jahresrechnung hatten und damit andere Sachen quersubventioniert haben, weil wir es nicht in den Unterhalt gesteckt haben. Ich gehe noch einen Schritt weiter, ich bin Ihnen zwei Schritte voraus Frau Misslin, man hätte mit diesem Geld investieren sollen und es nicht einfach in die Jahresrechnung fliessen lassen. Es wurde auch mit anderen Häusern so gemacht, das Seizhaus, welches wir jetzt auch noch verkaufen. Wenn Sie nach Schönenbuch laufen, dann schauen Sie das Seizhaus an, in welchem Zustand das ist. Ich freue mich auf den Käufer, der dort kommt. Herr Morat, ich wollte das heute Abend nicht erzählen. Aber wenn Sie jetzt damit kommen, dann darf ich noch die Mühle erwähnen? Wieso haben wir die Mühle verkauft? Wir hatten jedes Jahr CHF 100'000 oder CHF 80'000 Mietzinseinnahmen. Jahrzehntelang, seit wir das Gebäude haben, hatten wir Mietzinseinnahmen, welche stillschweigend in die Jahresrechnung geflossen sind. Man kann keine Rückstellungen machen, man muss investieren. Wenn wir jetzt investieren, Frau Vogt, was wir

vermutlich müssen, dann müssen wir halt CHF 50'000 in die Hand nehmen. Ob die CHF 50'000 oder zwei Mal CHF 50'000 über zwei Jahre über die Jahresrechnung oder über die Investitionsrechnung läuft, werden wir noch sehen. Das sind die Fakten. Ich verspreche Ihnen, jetzt lasse ich mich nicht mehr reizen, das war mein letztes Votum zu diesem Thema.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Wir sind zu diesem Thema nicht einer Meinung und ich möchte dir nicht nochmals antworten auf die ganze Berechnung der Kapitalisierungsgeschichte. Von den Zahlen habe ich von meinem Beruf her viel zu wenig Ahnung, aber politisieren tu ich schon länger. Ich habe extrem Mühe mit deiner Aussage, dass der Einwohnerrat von der Finanzierungsstrategie nur Kenntnis genommen hat. Das heisst also, angeschaut, aber grad wieder vergessen und gestrichen. Ich war damals noch Vorsteherin des Finanzdepartements, als wir dieses Papier hier drin verabschiedet haben, als wir dem Einwohnerrat präsentieren durften, wie wir das neue Schulhaus finanzieren wollten. Wir haben dort lang und breit aufgezeigt, welche Liegenschaften und welche Grundstücke wir veräussern möchten, damit wir das neue Schulhaus kaufen können. Der Einwohnerrat hat zustimmend genickt, also ein bisschen mehr als nur zur Kenntnis genommen. Er hat das Thema unterstützt und dem Gemeinderat gesagt: Go on, gehe weiter mit dem und mache das so. Wir haben einen Käufer gesucht und wir hätten einen guten Käufer gehabt. Leider ist das noch nicht so schnell zum Abschluss gekommen, wir hoffen nach wie vor, dass es noch dazu kommt. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass es der richtige Weg ist. Die Argumente wurden mehrfach aufgezeigt. Sie haben nichts mit einer Kapitalisierung, mit einer Rückstellung oder was weiss ich was zu tun. Sie haben letztlich mit dem Grundsatz zu tun, dass wir gesagt haben, dass wir das Geld brauchen, damit wir am Schluss das neue Schulhaus einigermaßen stemmen können. Das ist unsere Argumentation und an dieser hält der Gemeinderat nach wie vor fest.

Roland Naef, parteilos: Ob Rückstellungen oder keine. Wenn wir in absehbarer Zeit sanitäre Anlagen, Küche, Fenster sanieren müssen, dann müssen wir damit rechnen, dass wir in einem der nächsten Budgets CHF 240'000 Aufwand drin haben für die Sanierung dieses Hauses. Das ist Fakt. Wir haben aufgestauten Unterhalt, den können wir nicht mit Geld, das wir jetzt verbraucht haben, wieder gut machen. Wenn man an die Leitungen geht im Sanitärbereich, dann kommt noch das Elektrische etc. hinzu. CHF 120'000 pro Wohnung mal zwei macht CHF 240'000. Diese sind dann im Budget 2018. Es ist jetzt Zeit, das Haus zu verkaufen.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Wenn wir sanieren, und das hört man überall, dann darf man auch den Mietzins entsprechend erhöhen und an die Mieter weitergeben. Das habe ich selber erlebt, das ist Fakt. Auch dort hat man längerfristig diese Einnahmen wieder. Wir haben lange Jahre Geld eingenommen und es wurde quersubventioniert. Man kann jetzt das Geld auch wieder hervorholen und bei den anderen holen, wo es investiert wurde. Ich muss ganz ehrlich sein, dieses Haus an dieser Lage mit so viel Land rundherum ist mehr als verschenkt. Das ist Weihnachten, Geburtstag, Ostern und nochmals Geburtstag. Unter CHF 2'000'000 so ein Haus zu verkaufen, ist ein Armutszeugnis.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ich habe vorhin gesagt, dass ich von der Finanzlage nicht so viel Ahnung habe, aber von Mietrecht habe ich sehr wohl eine Ahnung. Es ist eine Tatsache, wenn wir dort Geld investieren, dann können wir das nie und nimmer mit erhöhten Mieten rausholen. Du kannst lachen oder dich umdrehen, aber das ist eine Tatsache. Die Mietzinsen sind dort viel zu tief, um dies alles zu überwälzen. Das ist vom Mietrecht her nicht möglich.

Jacqueline Misslin, GLP/BDP-Fraktion: Jetzt muss ich nochmals etwas sagen, das muss ich jetzt loswerden. Erstens ist es gut, dass dies heute Abend kam, dass das Geld benötigt wird für das Schulhaus. Danke, das ist eine ehrliche Aussage. Ich möchte etwas anderes sagen. Es ist richtig, dass man die Investitionen nicht gänzlich über den Mieter abwälzen kann. Einen gewissen Teil kann man, wenn der Mietzins in einem tragbaren Rahmen ist, dafür gibt es Berechnungen. Wenn man Investitionen macht, dann kann man ein Haus auch teurer verkaufen. Dann wird es nicht mehr für CHF 1'500'000 verkauft. Das musste ich jetzt loswerden.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Zur Präzisierung: Ich habe nicht gesagt alles, sondern ich habe gesagt, dass man einen Teil davon den Mietern abgeben kann. Du kannst einen Teil davon

weitergeben. Wenn du das auf 10 oder 20 Jahre ausrechnest, dann ist das Geld wieder drin. Ich bin kein "Dubeli" und so viel verstehe ich auch davon. Da kommt Geld rein und solange Geld rein kommt, verstehe ich nicht, weshalb man so eine Liegenschaft verscherbeln und verschenken soll.

Christoph Ruckstuhl, EVP/Grüne-Fraktion: Ich glaube, wir diskutieren hier um eine Strategiefrage an einem konkreten Beispiel. Welchen Weg man finanziell geht, es wird in etwa gleich rauskommen. Wenn wir das Haus behalten, dann wird die Bilanz der Gemeinde erhöht. Man muss vielleicht eine Wertschwankungsreserve einbauen, aber die Finanzierung des Schulhauses ist nicht gefährdet, wenn wir das nicht verkaufen, sie findet einfach anders statt. Die Frage ist, wo möchte die Gemeinde hin. Möchten wir ideelle Werte behalten, wie das Walmerhaus, was uns letztlich nicht belastet, oder möchten wir der Strategie, wie sie der Gemeinderat bis jetzt verfolgt, weiter stattgeben.

Rahel Balsiger Sonjic, FDP-Fraktion: Ich möchte gerne einen Ordnungsantrag auf Diskussionsabbruch stellen, die Meinungen sind gemacht und es wurde alles bereits gesagt.

Jürg Vogt, Präsident: Wir haben noch zwei Redner und lassen die noch reden. Wir stimmen jetzt über den Antrag von Frau Balsiger ab.

://:

Dieser Antrag wird grossmehrheitlich angenommen.

Barbara Selinger, EVP/Grüne-Fraktion: Ich mache es ganz kurz, ich kenne mich viel zu wenig aus in diesen Zahlen. Mir fällt etwas auf, man könnte es déjà vu oder déjà entendu nennen. Beim Bettenacker-Schulhaus hat man so lange gewartet mit dem Unterhalt, bis es fast zusammengebrochen ist. Jetzt höre ich hier das gleiche bei dem Haus. Wir werden manchmal für weiss nicht was verkauft, dieses Gefühl habe ich schon manchmal.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Ich muss zwei Sachen sagen. Es ist eine Herzenssache, das ist so bei diesen Häusern, das war auch bei der Mühle so. Wir müssen uns fragen, ob es uns am Herzen liegt oder nicht. Oder wir fragen uns das mit dem Kopf, ist es Aufgabe der Gemeinde oder nicht. Der zweite Teil wurde von Barbara Selinger bereits gesagt. Wir bauen jetzt ein neues Schulhaus, weil wir zwei alte Schulhäuser nicht sanieren können. Wenn wir sie sanieren müssten, müssten wir sie bodeneben machen und neu aufbauen, weil die Gesetzesbestimmungen so sind. Wir haben 40 Jahre nicht investiert. Der Gemeinderat hat eine Strategie gemacht und gesagt, dass wir ein Haus verkaufen und dafür einen Teil eines Schulhauses erhalten. Das hat er nie abgestritten, er hat das immer so gesagt. Wir haben das zur Kenntnis genommen. Wenn wir dies nun schrittweise umsetzen, dann müssen wir uns überlegen, ob wir dem folgen möchten oder nicht. Wenn wir dem nicht folgen, dann legen wir dem Gemeinderat immer wieder Prügel zwischen die Beine und sagen, selbst bei CHF 1'500'000 sind wir nicht dabei. Ich sage es hier drin und ich habe es schon gesagt, wenn wir das Bettenacker Gesamtareal anschauen, dann müssen wir es differenzierter anschauen. Dort kommt noch das Freiraumkonzept dazu, das haben wir unterdessen. Wir haben ein Haus, das unter Heimatschutz steht, und wir haben bereits ein Heimatmuseum, wir müssen nicht noch mehr Museen aufrechterhalten. Das ist nicht die Aufgabe der Gemeinde, meiner Meinung nach. Gebt das jemandem, der das bewirtschaften und pflegen möchte, sodass wir diesen Dorfkern haben, und dann soll er es auch behalten. Ich bin für den Verkauf.

Jürg Vogt, Präsident: Wer möchte abschnittsweise Beratung des Berichts des Gemeinderates? Ich stelle fest, dass dies nicht verlangt wird. Wir kommen zu den Anträgen des Gemeinderates.

Christoph Morat, Gemeinderat: Ich möchte Missverständnisse ausräumen und damit es im Protokoll steht und im Internet und überall, und auch in der Presse gehört wird. Das Haus ist keine Ruine, wir haben das Haus nicht vernachlässigt. Wir haben den Unterhalt ein bisschen nach unten geschraubt im letzten Jahr. Deswegen stehen dort geringere Beiträge beim Unterhalt drin. Das war nur im letzten Jahr so, weil wir davon ausgegangen sind, dass wir es verkaufen. Ich hoffe jetzt natürlich auf Ihre Zustimmung. Wir lassen nicht alle Häuser verkommen, das Haus ist momentan in einem guten

Zustand. Es wurde gesagt, dass in Zukunft dort investiert werden muss, wenn wir es behalten. Ansonsten macht dies ein anderer.

Jürg Vogt, Präsident: Wir kommen zu den Anträgen des Gemeinderates.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat

1. Die Liegenschaft Dorfplatz 3 wird verkauft. Der Gemeinderat wird mit der entsprechenden Durchführung beauftragt.

:::

Dieser Antrag wird mit 11 Ja-Stimmen und 23 Nein-Stimmen sowie 1 Enthaltung abgelehnt.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Wie Sie bemerkt haben, bin ich ein Zahlenmensch. Bei der zweiten Abstimmung, ich bin nicht rechtens belehrt, möchte ich gerne unseren Rechtsberater der Gemeinde fragen. Das, was wir jetzt abgestimmt haben, ist kein Verkauf. Wir können damit das Postulat abschreiben? Ich weiss das nicht. Es bleibt dabei, dass diese Liegenschaft in unserem Besitz bleibt und wir können das Postulat abschreiben. Ich bedanke mich beim Rechtsberater der Gemeinde Allschwil.

2. Da Postulat Nr. 4209 wird als erledigt abgeschrieben.

:::

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

:::

Das Geschäft als Ganzes wird einstimmig abgeschlossen.

Jürg Vogt, Präsident: Wir haben somit das Geschäft abgeschlossen. Es geht emotional weiter mit dem FCB-Match. Ich wünsche einen schönen Abend und wir schliessen hier die Sitzung.

ENDE